

# Nebrner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 129

Donnerstag, den 29. Oktober 1931.

44. Jahrgang

## Die nächste Rotverordnung.

Ablauf der Tarifverträge. — Löhne, Preise, Kartelle, Zinsen. — Die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates.

Berlin, 28. Oktober.  
Was man ursprünglich ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nannte, war, als es bekannt gegeben wurde, nur eine fiktive Rotverordnung. Das große Wirtschaftsprogramm, die Anpflanzung der deutschen Wirtschafts-, Preis-, Lohn- und Zinsverhältnisse an das Sinken des Limes, das Sinken des Wertes auf dem Weltmarkt, steht noch bevor. Es ist bis zum letzten möglichen Augenblick vertagt worden, denn dieses Wirtschaftsprogramm soll dazu helfen, die Wintermonate zu überwinden, und der Winter hat im wirtschaftlichen Sinne mit der Veränderung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt eigentlich schon begonnen.

Die Dringlichkeit dieses neuen Wirtschaftsprogramms ergibt sich, wenn man daran denkt, daß schon am 31. Oktober zwei Drittel aller Tarif- und Lohnverträge in Deutschland ablaufen, daß also für den bei weitem größten Teil der 18 Millionen deutschen Arbeitnehmer in wenigen Tagen eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen erfolgt sein muß.

Die Reichsregierung, die mit diesem Wirtschaftsprogramm vor höchst verantwortlichen Aufgaben steht, vor Aufgaben, an deren Lösung alle interessierten Kreise gleichmäßig Anteil haben werden, hat zur Stärkung ihrer Autorität einen Wirtschaftsbeirat einberufen, in dem die beteiligten Kreise selbst ihre Vertreter entsenden. Dieser Wirtschaftsbeirat tritt erst am 29. Oktober zusammen, was praktisch bedeutet, daß seine Gutachten für die Festsetzung der Winterlöhne eigentlich schon zu spät kommen würden.

Der Wirtschaftsbeirat, der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentritt, wird bei der Ausarbeitung seiner Gutachten schon die neue Situation in England mit in Betracht ziehen können, wovon man weiß, daß Amerika und Frankreich an dem Goldstandard ihrer Währungen festhalten werden, und auch daraus wird sich für die Regelung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse eine wichtige Richtlinie ergeben.

Für Deutschland handelt es sich darum, mit dem geringeren Bargeldbedarf, der auf Grund der Gold- und Devisenverhältnisse der Reichsbank auszugehen werden kann, durch die Wintermonate zu kommen.

Erst die Beratungen des Wirtschaftsbeirates sollen eine einheitliche Richtlinie für die Regelung der Lohn- und Preisverhältnisse bringen. Es wird deshalb in zahlreichen Lohnverhandlungen wahrscheinlich eine kurzfristige Verlängerung der geltenden Tarife vorgenommen werden müssen, so daß die endgültige Preisfestsetzung erfolgen kann, wenn die Gutachten des Wirtschaftsbeirates vorliegen. Diese Verlängerung der Lohnverhandlungen um einige Wochen ist um so notwendiger, als die Schlichter bis jetzt keinerlei einheitliche Richtlinien für die Ausübung ihrer Tätigkeit haben.

Für die Beratungen des Wirtschaftsbeirates darf freilich nicht eine mechanische Lohnregulierung nach unten in Betracht kommen. Das Lohn- und Gehaltsniveau ist in Deutschland fast dem vorigen Jahr im Durchschnitt um mindestens 10 bis 12 Prozent geknickt worden.

Die Beibehaltungskosten haben sich aber selbst nach den düstersten Berechnungen des Statistischen Reichsamts nur um höchstens 8 Prozent geknickt, wobei besonders der abolut harte Kassen der Mietkosten eine große Rolle spielt. Man wird also, um mit geringeren Bargeldbedürfnissen auskommen zu können, eine Umgruppierung auch bei den Preisen und bei den sonstigen Kosten der Lebenshaltung vornehmen müssen, wenn nicht eine neue Werbemethoden der Abgabemöglichkeiten auf dem inneren Markt einzuwirken soll. Der Aufgabenkreis des Wirtschaftsbeirates wird infolgedessen neben der Lohnfrage die Fragen der Preisgestaltung, des Zwischenhandels, des Kartells und des Zinsnehmens umfassen. Dieser letzte Punkt besonders wird von Bedeutung sein, da ja die hohen Kreditzinsen einen lähmenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft gehabt haben. Für die Lösung dieser Aufgaben werden dem Wirtschaftsbeirat zwei bis drei Wochen zur Verfügung stehen, denn bis Ende November muß man die neue Rotverordnung ausgearbeitet haben, die nicht nur eine Fülle von Verwaltungsmaßnahmen und fiskalischen Abgabeveränderungen, sondern wirklich einmal ein Wirtschaftsprogramm bringen soll.

## Der italienische Staatsbesuch.

Pressempfang bei Grandi.

Berlin, 27. Oktober.  
In der italienischen Botschaft empfing Grandi die Vertreter der Presse, wobei er u. a. erklärte: Ich freue mich außerordentlich, mit den Vertretern der deutschen Presse zusammenzukommen, die ich noch als kleine Jungen des kaiserlichen Italiens, aber auch als Jünglinge besonders zu begrüßen wünsche, der niemals die Gelegenheit verliere, das Vergnügen zu genießen, mit Kollegen zusammen zu sein.  
Deutschlands Rolle.

Mein Besuch fügt sich in den Rahmen der Besprechungen und des Gedankenaustauschs zwischen Staatsmännern ein, die in diesem Jahre in Europa ihren Aufenthalt genommen haben und außerhalb Europas fortgesetzt werden. Sie

haben bereits vielversprechende Ergebnisse erzielt und lassen noch größere erwarten. Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage verlangt die ernste Aufmerksamkeit und die größte Bereitwilligkeit zur Überwindung der all gemeinen Krise, für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern und des Vertrauens der Völker in sich selbst.

Der Chef der italienischen Regierung hat wiederholt diese Auffassung bekräftigt. Gestatten Sie mir, daran zu erinnern, daß er mehrmals gesagt hat, daß der Wiederaufbau Deutschlands als eines der wichtigsten Elemente für den Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt angesehen werden muß.

### Der Staatsmann Brüning.

Ich hatte bereits vergangenen Sommer die besondere Freude während der Begegnungen in Paris und London und dann in Rom, mit dem Herrn Reichszugler zusammenzutreffen. Ebenso wie bei diesen Gelegenheiten konnte ich mich auch gestern von den staatsmännlichen Eigenschaften des Herrn Reichszugler überzeugen und von der Selbstlosigkeit, mit der er alle seine Kräfte darauf verwendet, die schwereren Probleme der Gegenwart zu überwinden.

Alles, was Deutschland in diesen letzten Monaten getan hat, in sich selbst die zur Überwindung der Krise notwendige Kraft zu finden, ist ein Beweis der Lebensfähigkeit und der moralischen Kräfte des deutschen Volkes, das mit ruhiger Optimismus seiner Zukunft entgegenhebt darf und kann.

### Die Zukunftsaussagen.

Das jetzt kommende Jahr steht vor weitgehenden und schwierigen Aufgaben, deren Lösung die ganze Welt gespannt erwartet und die mit alle auf die beste Weise durchzuführen müssen. Vor allem sind das Problem der Rüstungen und die Währungsfrage, die ihm in der nächsten allgemeinen Weltwirtschaftskonferenz gehen werden können, die Hauptaufgaben der Anstrengung, die unsere Zivilisation leisten muß, um sich selbst zu retten und unseren Kindern eine gedeihliche und friedliche Zukunft zu bereiten.

### Sudbahrung für Hindenburg.

Ich bezeuge mich sehr zu Seiner Excellenz dem Feldmarschall von Hindenburg, dem deutschen Reichspräsidenten um ihm den Wunsch der Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien und meine persönliche Sudbahrung zu überbringen. Die Hochachtung und Ehrerbietung, die seine herausragende historische Persönlichkeit der ganzen Welt abfordert, machen mich als Soldaten und Frontkämpfer diese Gelegenheit, in ihm auch das tapferste deutsche Volk begrüßen zu dürfen, dessen Glück zu sein ich in diesen Tagen die Ehre habe, besonders ehrenvoll.

### Beim Reichspräsidenten.

Am 11 Uhr stattete der italienische Außenminister Grandi dem Reichspräsidenten seinen Besuch ab, der etwa eine halbe Stunde dauerte. Grandi war von dem italienischen Vizekonsul begleitet. Der Unterredung wohnte Staatssekretär Meißner bei.

Nach Abschluß der politischen Besprechungen des Reichszuglers mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Grandi wurde folgende Mitteilung herausgegeben:

„Anlässlich der Annäherung des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichszugler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freiwilligen Gedankenaustausch, von der Reichszugler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in diesen Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird.“

Bei der Aussprache, die mit voller Offenheit und in freundschaftlichster Gesinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam zur beiden Seiten die Heberzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolge führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

Der italienische Außenminister Grandi hat mit seinem Befolge am Dienstagabend Berlin wieder verlassen und sich nach Rom zurückgegeben. Der letzte Tag des Berliner Aufenthalts wurde von den italienischen Gästen noch zu Besprechungen verwendet.

Unter der Führung des Generaldirektors der preußischen Museen, Geh.-Rats Waesopol, besichtigten die Italiener das alte Museum in Berlin und das Pergamon-Museum. Am Dienstagmorgen statteten sie verschiedenen Berliner Verbindungen und dem Ringklub auf dem Tempelhofer Feld ihren Besuch ab.

Die würdevolle Art, mit der die Gäste in der deutschen Öffentlichkeit begrüßt worden sind, hat nicht nur bei ihnen einen guten Eindruck hervorgerufen, sondern auch bereits jetzt in der italienischen Öffentlichkeit eine sehr starke Resonanz gefunden, die man an maßgebender deutscher Stelle als ein Attribut für die im Zuge befindlichen Verhandlungen mit Italien wertet.

## Was die Amerika-Fahrt brachte.

Communiqué Hoovers und Lavals.

Washington, 27. Oktober.

In dem gemeinsamen Communiqué Hoovers und Lavals lauten die hauptsächlichsten Punkte: Die traditionelle Freundschaft zwischen Amerika und Frankreich macht eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen besonders geeignet in dieser Weltdepression. Wir haben sowohl die wirtschaftliche Weltlage erörtert wie die sie beeinflussenden politischen Beziehungen sowie die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz, den Einfluß der Depression auf die internationalen Regierungsschulden, die Stabilisation der internationalen Währungen und andere finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Wir hatten nicht die Absicht, Bindungen einzugehen, sondern haben durch die Diskussion die Natur jedes Problems klarer gemacht, so daß jede der beiden Regierungen von sich aus besser in ihrem Gebiet helfen kann. Wir hoffen, daß die Weltwirtschaftskonferenz den Frieden auf fester, realer Grundlage organisieren wird. Bezüglich der internationalen Schulden erkennen wir an, daß vor Ablauf des Hoover-Memoratoriums eine Verabredung getroffen werden muß, welche sich auf die Periode der Depression bezieht. Einzelheiten behalten wir uns vollständig vor.

### Die Initiative

sollte jedenfalls bald von den europäischen Mächten ergriffen werden, die mit den Abkommen, welche vor dem 1. Juli 1931 geschlossen wurden, hauptsächlich zu tun haben.

Wir halten die Währungsstabilität für sehr wichtig und insbesondere die Erhaltung des Goldstandards in Amerika und Frankreich.

Diese Frage werden wir weiter studieren. Unsere Ansichten bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme stimmen überein, und diese Übereinstimmung dürfte der Weg ebnen für eine Hilfsaktion seitens unserer beiden Regierungen.

Es ist von dem Ergebnis beschieden.

Neuport, 28. Oktober.

Der französische Ministerpräsident Laval ist kurz nach Mitternacht (nach 6 Uhr früh MEZ.) mit der „Asie de France“ aus Neuport nach Frankreich abgereist. Auf einem Abflug-Banquet, das die französische Handelsmission in Neuport zu seinem Ehren veranstaltete, erklärte der Ministerpräsident zu seinen Unterhaltungen mit Hoover:

„Bon un au vilain moi, wo wir sehen, was wir wollen, was wir erwarten können und was von uns erwartet werden kann.“

Das Ergebnis der Unterhaltungen werde zweifellos eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich sein, um „unserer Kultur gegen die Gefahren, denen sie ausgesetzt ist, zu schützen“. Laval vermied es, auf Einzelheiten der Washingtoner Besprechungen einzugehen. Er unterließ lediglich, daß die Bemühungen nicht umsonst gewesen seien.

### Berlin hat noch keinen Bericht

Das auch für die deutschen Interessen negative Ergebnis der Amerika-Reise des französischen Ministerpräsidenten Laval schließt naturgemäß nicht ohne weiteres die deutsche Definitivität. Es ist daher angebracht, noch etwas hervorzuheben, daß Amerika sich nicht desinteressiert an den europäischen Dingen erklärt habe.

Man kann im Gegenteil als wichtigsten Punkt der Gespräche zwischen Hoover und Laval hervorheben, daß ein Weg gesucht werden müsse, der zur Wirtschaftsbefriedung und finanziellen Entlastung der Staaten führt.

Es hat sich in den Washingtoner Verhandlungen klar ergeben, daß auch die Gläubiger überzeugt sind, daß Deutschland den Young-Plan in seinem jetzigen Umfang nicht erfüllen kann. Gläubiger und Schuldner — und in der letzten Rolle befindet sich gegenüber Amerika ja auch Frankreich — sind gleichermaßen davon überzeugt, daß nach Ablauf des Hoover-Jahres, am 1. Juli 1932, ein Weg gefunden werden müsse, der zur Wirtschaftsbefriedung und finanziellen Entlastung der Staaten führt.

Deutschland befindet sich dabei augenblicklich in einer Situation, die ihm das Abwarten ermöglicht, wie man das unanrührende Communiqué der Hoover-Hoover-Konferenz in die Praxis umzusetzen gedenkt. Die Reichsregierung erwartet zurecht einen Bericht des deutschen Botschafters in Washington. Der Botschafter hatte schon Gelegenheit, mit dem amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen, Simion, über den Besuch Lavals zu sprechen.

## Vor einer Reparationskonferenz.

Die deutsche Initiative.

Berlin, 28. Oktober.

In Amerika schließt man aus Umdeutungen Lavals, daß er beabsichtigt, alsbald nach seiner Heimreise die französische Regierung zur Einberufung einer Reparationskonferenz zu veranlassen, an der alle am Reparationsproblem interessierten Staaten beteiligt sein sollen und die im November, spätestens im Dezember zusammentreten soll. Aufgabe dieser Konferenz soll sein, die Frage zu prüfen, ob

die Reparationen weiter herabgesetzt werden können, und einen neuen Zahlungsplan vorzubereiten, der im Anschluß an den Ablauf des Hoover-Jahres in Kraft treten könnte. Es handelt sich einmündig um unbedingte Meinungen über einen solchen Plan, und da es zweifellos einige Zeit dauern wird, bis darüber Genaueres zu erfahren ist, so sind die beteiligten Kreise, insbesondere die verantwortlichen deutschen Stellen darauf angewiesen, die sich aus der augenblicklichen Lage ergebenden Notwendigkeiten unabhängig von den erwähnten Meinungen ins Auge zu fassen.

In Berlin unterrichteten Kreise spricht man von der Möglichkeit, daß Deutschland auf Grund des Youngplans den Antrag auf Einberufung des beratenden Sonderauschusses der B33, stellen könnte.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, kann von einem solchen Schritt vorläufig gar nicht die Rede sein. Natürlich beschäffigte man sich bei den zuständigen Stellen der Weisheitsfrage sehr lebhaft mit dem Ausgang der Washingtoner Besprechungen, aber vorläufig ist noch gar nicht abzusehen, wie die Reparationsfrage vorwärts getrieben werden werde. Das Washingtoner Communiqué regte eine Initiative der europäischen Mächte an, also keineswegs ein Einzelgehörigen Deutschlands. Zunächst mußte man doch abwarten, bis Lausanne wieder in Paris eingetroffen ist, und dann wurde in diplomatischen Verhandlungen, vor allem zwischen Berlin und Paris, das weitere Vorgehen geklärt werden müssen.

Wahrscheinlicher als die Anfringung eines deutschen Schrittes klingt in Anbetracht der zuständigen Stellen schon die amerikanische Meldung, daß Lausanne die Initiative zur Einberufung einer Konferenz ergreifen werde, mehr oder noch neigt man in Berlin der Auffassung zu, daß es sich hier entsprechend der Formulierung des Washingtoner Communiqués

zu einer gemeinsamen Aktion kommen wird. Nach Auffassung unterrichteter Stellen ist es aber am richtigsten, zunächst einmal die Rückkehr Lausses und die sich daran anschließenden diplomatischen Verhandlungen abzuwarten.

### Diplomatischer Zwischenfall.

Engleichung des polnischen Gesandten in Washington. Washington, 28. Oktober.

Senator Borah hatte mit dem polnischen Gesandten Filipowicz bei dem Weisheitsempfang für Lausanne in den Räumen der französischen Botschaft eine Auseinandersetzung seiner Meinungen über den Weisheitsvertrag. Dieser Unterhaltung trug einen rein privaten und vertraulichen Charakter.

Der polnische Gesandte hielt es jedoch für nötig, entgegen den Abmachungen eine offizielle Verlautbarung über die Unterhaltung herauszugeben, in der gelagt wird, daß Borahs Kenntnisse der mitteleuropäischen Zustände durchaus „mangelhaft“ seien. Senator Borah war über diesen unzutrefflichen Auspruch der polnischen Diplomaten tief verärgert. Er sah sich infolgedessen veranlaßt, den Angriff des polnischen Gesandten in einer öffentlichen Erklärung zu beantworten. Borah hat in seiner Verlautbarung, er habe erwartet, daß die Unterhaltung privater Natur bleiben würde. Er sei daher sehr überrascht gewesen, als Journalisten ihn von der amtlichen Verlautbarung der polnischen Gesandtschaft unterrichteten. Er, Borah, habe keinerlei Absicht gehabt, über die Unterhaltung mit Herrn Filipowicz etwas zu sagen.

Er behaupte, „daß das Gedächtnis des Gesandten hinsichtlich dieser Unterhaltung fehlerhaft zu sein scheint.“ Zeugen der Besprechung Borahs mit Filipowicz erzählten, der polnische Gesandte habe in der Unterhaltung behauptet, daß das Gebiet des Danziger Korridors zu 80 v. H. von Polen besetzt sei. Borah habe den polnischen Gesandten darauf erwidert, daß der Korridor in absehbarer Zeit zu 100 v. H. von Polen besetzt sein würde, wenn die politische Regierung ihre gegenwärtige Einseitigkeitspolitik weiterverfolge.

Der Zwischenfall zwischen Borah und Filipowicz ereignet in Washingtoner politischen Kreisen das größte Aufsehen, da bisher noch kein diplomatischer Vertreter des Auslands dem Vorsitzenden des Senatsauschusses für auswärtige Angelegenheiten „mangelhafte Kenntnisse“ der politischen Verhältnisse vorgeworfen hat.

Es ist kennzeichnend, daß die politische Presse diese Vorgänge durchaus entsetzt wiederberichtet und daß Laulek sich beeilt, seinem ungeschickten Vertreter erregt zu schuldigen. Diese politische Aufregung zeigt, daß Borah mit der Anschuldigung der polnischen Diplomaten nicht getroffen hat, an dem Polen ebenso wie Frankreich besonders empfindlich ist. Die Tatsache, daß man in Lausanne die Unmöglichkeit des Korridors nicht nur erkannt hat, sondern auch den Mut findet, diesen Fehler zu bekennen und sich für seine Überwindung einzusetzen, ist neben den vielen negativen Einträgen der Washingtoner Tage immerhin ein Höchstes.

### Deutsche Tageschau.

#### Die Bürgersteuer in Köln.

Der Regierungspräsident hat den Zuschlag zur Bürgersteuer der Stadt Köln für das Rechnungsjahr 1931 von bisher 200 Prozent auf 250 Prozent erhöht. Diese Erhöhung auf das Dreieinhalbfache des Landesjahres erfolgt zum Ausgleich der Mehrbedürfnisse der Stadt Köln durch die Erhöhung der Provinzialumlage, die der Oberpräsident der Rheinprovinz kürzlich angeordnet hat.

#### Wahlkampf zum Hefflinger Landtag.

Mit Rücksicht darauf, daß der Ausgang der Landtagswahl in Hessen am 15. November nicht nur im Reich, sondern auch im Auslande mit großer Spannung erwartet wird, wird der Kampf in einer in Hessen bisher noch nicht erlebten Form entfesselt. Fast die gesamte sozialdemokratische Reichstags- und preussische Landtagsopposition ist zu Wahlzwecken aufgetrieben worden. In gleicher Weise haben auch die übrigen politischen Parteien, insbesondere die nationalsozialistische, ihre Abgeordneten aus dem Reich- und Landtag mobil gemacht. In diesem, aus dem kleinsten Dorf werden von den Parteien Wahlveranstaltungen abgehalten.

#### Deutsch-schweizer Handelsvertrag.

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Chile, der genehmigt worden war, ist am 24. Oktober abgeschlossen. Dieser Handelsvertrag hat nicht nur für den Wirtschaftserport der deutschen Industrie erhebliche Bedeutung, sondern wegen der Düngeartikel und Weizenölle auch für die deutsche Landwirtschaft. Es wird an maßgebender Stelle erklärt, daß der Laufzeit des Handelsvertrages mit Chile vorläufig bis zum Ende des Jahres verlängert wurde,

so daß bis dahin eine Veränderung der aus diesem Handelsvertrag bestehenden Zollsätze nicht eintreten würde.

### Auslands-Rundschau.

#### Die Schweiz für eine einjährige Rüstungspause.

Der schweizerische Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Völkerbundsekretariat seine Bereitwilligkeit mitzutellen, für die Dauer eines Jahres, vom 1. November 1931 an gerechnet, eine Rüstungspause einzutreten zu lassen, wie sie in der Entschließung der Völkerbundversammlung vom 29. September vorgehoben ist. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß auch die Nachbarstaaten der Schweiz ebenfalls der Resolution zustimmen.

#### Schwierige Finanzlage Spaniens.

Der spanische Ministerpräsident hat sich mit der Wirtschafts- und Finanzkommission des Budgets für 1932. Wie der Finanzminister mitteilte, beläuft sich das Budgetdefizit für 1931 auf nicht weniger als 1,5 Milliarden Franken. Die Regierung werde demnach einen Aufruf an die Nation erlassen, um diese zur Bewältigung von Opfern aufzufordern, die für die Behebung der beherrschenden Finanzlage, in der sich Spanien gegenwärtig befinde, notwendig seien. Es sei die Schöpfung neuer Steuern geplant.

#### Paraguay und Bolivien.

Der Minister von Paraguay hat einer Antwort auf die Note der neutralen Länder, die Paraguay und Bolivien den Rat geben, einen Nichtangriffspakt zur Vermehrung neuer Zwischenfälle im Gran Chaco abzuschließen, seine Zustimmung gegeben.

#### Kleine politische Meldungen.

Der Reichskommissar für das Baltikum beim Reichspräsidenten, Reichspräsident empfing den Reichskommissar für das Baltikum, Ministerialdirektor Dr. Erni.

Wiederholungsfrage der „Polonia“. Die in Katowice erscheinende „Polonia“ ist wegen des Verstoßes über den ersten Tag des Breiter Prozesses beschlagnahmt worden.

Wohlfahrter von Britisch West Simion. Der deutsche Wohlfahrter von Britisch West Simion, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Wie es heißt, soll sich die Aussprache auf den Besuch Lausses bezogen haben.

### Aus der Umgegend.

Neuba, 28. Oktober.

Der erste Schnee! „Es schneit!“, so rante heute morgen frühstern einer den anderen zu. „Was meinst Du, wird's schon Winter?“, lautete ängstlich die weitere Frage. Ein Aufgehler war die Antwort. — Wir's Winter? — ja, lieber Leser, diese Frage möchte wohl diesmal die Mehrzahl der Menschen von der Diskussion ausschließen, denn vor dem diesmaligen Winter haben selbst mutige Menschen Missetat, er gilt als ein Sorgen- und Notwinter, und einen solchen Gast sieht man lieber gehen als kommen. Nun, diesmal hat die Natur nur gedroht, es schneite nicht lange, und der gefallene Schnee fand auch seinen Stützpunkt auf der Erdoberfläche, so daß die dünne weiße Decke in kurzer Zeit wieder verschwand; aber man mag sich nicht darüber hinwegsetzen: der Winter steht vor der Tür, er wird kommen und die ohnehin schon große wirtschaftliche Not noch steigern.

Choralbesuche. Auf die am Donnerstag Abend 8 Uhr in der Kirche stattfindende Choralbesuche wird noch einmal mit bester Empfehlung hingewiesen. Würde der Gemischte Chor für seine Mühe den Dank dadurch bekommen, daß eine zahlreichere Gemeinde sich zum Singen findet und mit ihm den Gang durchs neue Geländebuch macht. Da unsere Orgel leider für solche Veranstaltungen ungeeignet ist, wird im Altarraum ein Harmonium aufgestellt werden, mit dessen Begleitung der Chor vom Altarraum aus singt.

Verlammlung des Bürgervereins. Die Mitglieder des Bürgervereins werden vom Vorstande des selben zu einer Verlammlung im „Weißen Hof“ am Sonntagabend, 8. Uhr, eingeladen, um zu einigen wichtigen Gemeindegangelegenheiten Stellung zu nehmen und um sich auch an dem Liebeswerk der „Winterhilfe“ zu beteiligen. Der Vorstand des Vereins erwartet eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und sieht auch Gaste gern, welche die Absicht haben, Mitglied des Bürgervereins zu werden.

Soll unsere Kirche noch weiter ihren Dienst tun? Soll Gottes Wort noch weiter Sonntag für Sonntag verkündigt werden, soll die Jugend den Kindergottesdienst und den Konfirmanden-Unterricht besuchen, soll am Taufstein, am Traualtar, an den Gräbern, an den Kranenbetten und sonst Licht und Trost des Wortes Gottes in die Herzen hineinleuchten? Soll es noch etwas geben, das den Menschen von heute einen unerfülltesten Halt gibt in dieser schweren Zeit? Viele werden diese Fragen noch bejahen. Aber dann müssen wir uns klar sein, daß alle diese Dienste auch Opfer erfordern. Dann dürfen wir unsere kirchlichen Gebäude nicht verlassen lassen, dann müssen wir sorgen, daß die Kosten der Gottesdienste aufgebracht werden, daß der mit Sparsamkeit aufgestellte Kirchaltersplan nicht in Frage gestellt werden kann. Dann geht es eben nicht ab ohne Kirchenrenten! Wer sich das sagt, wird ihre Notwendigkeit einsehen und wird an seinem Teil mitwirken müssen, die Kosten zu tragen. Anderwärts sind die Kosten noch höher und werden doch noch getragen, manchmal aus geringen Mitteln. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß für die Pfarrbesoldung der größte Teil aus Ackerpächtern des Pfarrlandes aufgebracht wird.

Reine Tantieme für Rundfunkmusik. Das Reichsamt der Musikverleger Deutschlands hatte gegen die Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte, weiterhin gegen die Genossenschaft Deutscher Tonkünstler und gegen die Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger (Gema) eine Festschließungsantrag gestellt, durch die die Frage: Können Autoren und Komponisten, bezw. die zu derartigen Musikschöpfungsbänden Zusammengeschlossenen von öffentlichen Musikstätten und anderen gewerblichen Betrieben Tantieme dafür erheben, daß in diesen Betrieben dem Publikum Rundfunkmusik durch Lautsprecher geboten wird? Während die erste Instanz die Festschließungsanträge abwies, hat jetzt der 27. Zivilsenat beim Reichsgericht der Festschließungsanträge des Reichsartells der Musikverleger Deutschlands stattgegeben. Dadurch ist entschieden, wenn auch noch nicht rechtskräftig, daß Autoren und Komponisten keinen Anspruch darauf erheben können, von Galkünstlern für von ihnen gebotene Rundfunkmusik Tantieme erheben zu können. Da die technische Entwicklung des Rundfunks und des Lautsprechers noch neuartig

ist und deshalb im Geschehbis noch nicht berücksichtigt werden konnte, außerdem ergänzende Bestimmungen fehlen, bietet diese Angelegenheit erhebliche Schwierigkeiten. Es ist anzunehmen, daß gegen das Urteil Revision eingelegt und auch durchgeführt werden wird.

Einzahlen, nicht Konfirmen. Die Maßnahmen, die gegenwärtig an die breiten Schichten des Volkes getroffen werden müssen, beziehen sich weniger darauf, daß überhaupt gepart werden soll, als darauf, daß die richtig, vernünftig sparen. In schlechten Zeiten denken die Menschen meist eher an die Sicherung ihrer Zukunft als in guten, und so kann man mit Recht annehmen, daß die Not der Gegenwart für den, der überhaupt noch sparen kann, auch ein genügender Anreiz dazu ist, daß er es tut. Die Tatsache, daß in der ganzen wirtschaftlichen Notzeit seit 1928/29 bis in dieses Jahr die Spareinlagen immer noch von Monat zu Monat weitertgefallen sind, ist der beste Beweis dafür. Und da die wirtschaftliche Not etwa von einem halben Jahr oder von einem Jahr auch nicht wesentlich geringer war als zur Zeit, ist es sicher, daß auch jetzt noch gepart wird. Die Spareinlagen aber gehen trotzdem tief dem Sommer zurück, in der Hauptsache, weil die Einzahlungen zurückgehen. Diese Veränderung der Spareinlagenentwicklung läßt deutlich erkennen, daß nicht überall vernünftig gepart wird. Es wird vielmehr gemarktet; manche Leute zahlen nicht mehr ein oder haben sogar ab, um das Geld zu Hause aufzubehalten. Gerade dadurch aber schaden sie sich am meisten, direkt wie indirekt. Direkt dadurch, daß ihr Geld zu Hause allen möglichen Gefahren ausgesetzt ist, leichter ausgegeben wird und keine Zinsen bringt. Indirekt, weil durch das Hamstern das Geld in seinem beabsichtigten Lauf durch die Wirtschaft gehemmt und so die alle beherrschende Wirtschaftstot und Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Das Geld ist wie eine Waise, die nur dann Nutzen bringt, wenn sie läuft. Die Kassen benutzen die ihnen anvertrauten Gelder, um gerade den Klein- und Mittelstand, die Handwerker, Bauern usw. finanziell zu fördern; das sind die breiten Schichten des Volkes. Wenn die Einzahlungen ausbleiben, müssen die Geldinstitute diese Kredite an die Kleinwirtschaft kinnigen, um die Auszahlungen befriedigen zu können. Sparen und Einzahlen ist also wirtschaftliche Selbsthilfe des Volkes. Darauf will besonders auch der diesjährige Weisheitspart hingewiesen, er will aufrufen gegen das Hamstern, zum Sparen!

Ingverkehr. Vom Montag, den 26. Oktober 1931 ab, ist auf der Strecke Sommera — Stannfurt der seit dem 4. Oktober weggefallene Zug 1812 W wieder eingelegt. Er verkehrt wie folgt:

Sommera	ab 16.35 Uhr
Wiesbaden	ab 16.45 Uhr
Stannfurt	ab 16.55 Uhr

Fahrpländeränderung. Mit Rücksicht auf den späteren Unterrichtsbeginn in den höheren Schulen der Stadt Sangerhausen wird der Ferienzug 682 W (4. 10. 31 bis 31. 8. 32) von Sangerhausen nach Artern vom 2. November d. J. ab aufgelegt. Der Zug fährt alsdann in folgendem Fahrplan:

Sangerhausen	ab 14.05 (bisher 13.26)
Oberballigen	ab 14.14 ( „ 13.55)
Oberballigen	ab 14.25 ( „ 13.56)
Waltkretz	ab 14.25 ( „ 13.46)
Artern	ab 14.31 ( „ 13.42)

Der Zug nimmt in der späteren Gasse nach dem Aufbruch von dem am 14. 10. 31 in Sangerhausen entfallenden Ferienzug 620 von Gärten an.

Viegenbockerei. Bei dem diesjährigen Käsefest sind zum Deden fremder Ziegen für langjährige Befand und anerkannt worden. Es 1. St. der Gemeinden Strigta (Vodschler Rüllemann), Wehdorf (Sh. Heise), Benningen (Sh. Schmidt), Cardorf (2. Bode, Sh. Köhler), Kirchschöden (Sh. Reinhold), Burgschöden (Sh. Böcher), Trabsdorf (Sh. Gottschalk), Großwangen und Kleinwangen (Sh. Krump), Neuba (2. Bode, Sh. Müller), Niederfeld (Sh. Vermer), Reinsdorf (2. Bode, Sh. Funke), Weisenschöden (2. Bode), Viegenburg-Preis (Sh. Koch), Oberghorn (Sh. Schumann), Köhlsch (2. Bode, Sh. Gutzmer und Warden), Schöneroda (Sh. Bömer), Mendelstein (Sh. Domänenverwaltung) — Wegen in Bötendorf noch bestehender Maut- und Kleinenzue wird in dieser Gemeinde nach Aufhebung der Sperre eine Nachprüfung stattfinden — Ein Weinbeleggedelge nicht. Die angeführten Bode gehören sämtlich dem weissen Scannenflüg an und sind vom Kreisrat am linken Ohr durch eine Vandenbarmale aus Aluminium gekennzeichnet.

Wiedereröffnung ehem. 158er. Am Sonntag, dem 15. November d. J., 13.50 Uhr, findet im Schützenpavillon zu Kalleba eine kleine Wiedereröffnung ehemaliger 158er statt. Vollständiges Erscheinen der Regiments-Kameraden wird er bei den Ersttruppenteilen ausgebildeten Kameraden ermöglicht. Etwas Anfragen an Kaufmann Wis. Voigt oder Stadtsekretär D. Riedorf in Kalleba.

Gläubigkeits durch die Post. Wie wir erfahren, beabsichtigt die Post, ebenso wie in den letzten Jahren auch während des diesjährigen Weihnachts- und Neujahrsfestes verlässliche Glückwunschkarten einzuführen. Die Eintritts- und nach Art und Umfang der vorstehenden gleichen. Im deutschen Verkehr wird man für ein Ortstelegramm bis 10 Worte 50 Pf. zu zahlen haben und, wenn es auf einem künstlerisch ausgeführten Aufnahmestück zugelegt werden soll, 1,50 RM. Im Fernverkehr kostet ein gleich langes Telegramm 75 Pf. oder 1,75 RM. Jedes weitere Wort wird mit 5 Pf. berechnet. Im Verkehr mit deutschen Schiffen in See wird die Wortgebühr 40 Pf. betragen gegen 75 Pf. bei vollbezahlten Telegrammen. Da in diesem Verkehr kein Mindestgebührenbetrag besteht, kann man, wenn man dazu noch einen der besten Texte benutzt, wie sie auch in diesem Jahre wieder zur Auswahl angeboten werden sollen, von einem deutschen Schiff in See aus schon mit 4 bis 5 Gebührentexten nach der deutschen Heimat einen telegraphischen Festzug übermitteln, also fast etwa 2 RM. Daselbst gilt für die umgekehrte Richtung. Im Auslandsverkehr werden die Kosten für die Glückwunschkarten besonders für die bisher fast so hoch sein wie die vollen Sätze, oder noch geringer. Lieber das Nähere werden wir unsere Leser rechtzeitig weiter unterrichten.

Fahrsammlung des Evangelischen Bundes der Provinz Sachsen 1932 in Lützen. Der Hauptverein des Evangelischen Bundes der Provinz Sachsen wird 1932 seine Hauptversammlung in Lützen abhalten und damit zu



## Parlamentsarbeiten.

Berlin, 28. Oktober.

Die ersten Reichstagsausschüsse sind bereits für die nächste Woche einberufen worden. Am 4. November beginnt der Volkswirtschaftliche Ausschuss seine Arbeiten. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge über das Jagdwesen. Am 6. November tritt der Sozialpolitische Ausschuss zusammen. Zunächst werden in diesem Ausschuss nur Petitionen beraten. Am 9. November wird der Reichstagsausschuss für landwirtschaftliches Siedlungswesen in die Aussprache über die Siedlung am Rand der Großstädte eintreten. Auch der Kriegsbeschädigten-Ausschuss ist für die ersten Novembertage einberufen worden. Weitere Ausschussberufungen sind in Vorbereitung. Mit der Einberufung des Haushaltsausschusses ist erst für Mitte November zu rechnen. Gegenwärtig tagt der Rechnungsunterausschuss, der die Haushaltsrechnung des Jahres 1930 prüft. Diese Arbeiten werden etwa bis Mitte des Monats dauern, und im Anschluß daran soll dann der Haushaltsausschuss zusammen treten.

## Die Steuern im November.

Im Reich.

5. Abführung der Lohn- und Kräfsteuer für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober (Keine Schonfrist).
10. Monatliche Vorauszahlung der Umsatzsteuer. Die Umwandlung von der bisherigen Zahlung ab 1. Oktober tritt jetzt erstmalig in Kraft (Schonfrist 16. November).
10. Die Börsenumschlagsteuer ist anzumelden und im Berechnungsverfahren zu zahlen.
16. Die Vermögenssteuer ist zu zahlen (Keine Schonfrist).
16. Die Einkommensteuer der Landwirtschaft ist entsprechend der im letzten Bescheid festgestellten Schuld zu entrichten (Keine Schonfrist).
30. Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 15. November.

In Preußen.

10. Die Bier- oder Getränkesteuer ist fällig.
16. Gewerbesteuer und Gewerbesteuersteuer, ferner die Grundvermögenssteuer und die Hauszinssteuer.

## Beamte und Nationalsozialisten.

Das Anhaltische Disziplinargericht sprach den Kunstgewerbelehrer Hiesel wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP frei. In der Begründung wird dagegen ausgeführt, daß Hiesel zwar unter Eid erklärt habe, seine Partei nicht zu verlassen, daß er jedoch im letzten Bescheid seine Zugehörigkeit nicht angegeben habe. Zum Besten hielten Teile der Partei hierauf die Anwendung von Gewalt für zulässig. In diesem Sinne sei die NSDAP als staatsfeindlich zu werten. Deshalb dürften nach Ansicht des Gerichts die anhaltischen Beamten nicht mehr Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sein.

## Wahlgang im Nebel.

Zusammentritt des Unterhauses am 3. November.

London, 27. Oktober.

Die meisten Londoner Wahllokale waren bereits am 7. Uhr früh geöffnet, und innerhalb sehr kurzer Zeit war es klar zu erkennen, daß die Wahlbeteiligung trotz des dichten Nebels beträchtlich sein werde. Ein großer Teil derer, die bereits sehr früh ihre Stimme abgaben, waren Frauen. Hunderte von Kraftwagen, deren Scheinwerfer im braunen Nebel leuchteten, brachten Wähler an die Wahlurne.

Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse erfolgte in den Städten u. a. durch Sprechfunk an allen größeren Plätzen. Die Zeitungen arbeiteten mit Handrad, Bläsezeug, Sonderzüge und Tausende von Kraftwagen befürdeten während der Nacht die Ausgaben der Blätter in alle Landesteile.

Im ganzen waren 1286 Kandidaten aufgestellt worden, darunter 62 Frauen. 68 davon waren bereits gewählt, ehe der Kampf entbrannt war. Es waren das 49 Konservative, 13 Liberale und 6 Arbeiterpartei, in deren Wahlkreise keine Gegenkandidaten aufgestellt worden waren. Bei den letzten Wahlen im November 1929 erhielten die Arbeiterpartei 287 Mandate, die Konservative 260 und die Liberalen 60 Acht Abgeordnete waren parteilos.

Ministerpräsident MacDonald hat nunmehr die Mitglieder seines Kabinetts für Donnerstag nach London berufen. In dieser Sitzung sollen einige wichtige politische Fragen, insbesondere auch solche der Außenpolitik beraten werden. Gleichzeitig soll in dieser Sitzung die Revision der Ertrouche für die Eröffnung des Parlaments vorgenommen werden. Während die eigentliche Parlamentsöffnung erst am 10. November erfolgt, wird das neugewählte Unterhaus bereits am 3. November zu einer Sitzung zusammen treten, um den Sprecher zu wählen und die Beschlüsse zu erlassen.



Köpfe von der englischen Wahl.

Obere Reihe von links nach rechts: MacDonald, Baldwin, Lloyd George.  
Untere Reihe: Snowden, Henderson, Sir John Samuel.

## Reichsbahnleihe bereits 212 Millionen RM.

Berlin, 28. Oktober. Das bisherige Zeichnungsergebnis der Reichsbahnleihe hat sich nach amtlicher Mitteilung bereits auf 212 Millionen RM erhöht.

## China nicht zufrieden.

Kianking, 28. Oktober.

Chiang Kai-shek drückte die feste Überzeugung aus, daß der Völkerverbund kein ausreichendes für die Erhaltung des Weltfriedens tun werde. Die Entschädigung der Reichsregierung beschwerte er, insofern China in Frage kommt, als nicht vollkommen zufriedenstellend.

Er gab aber zu, daß der Völkerverbund in einer äußerst schwierigen Lage sein Befehl geben habe, und daß China in Würdigung dieser Tatsache die Entschädigung annehmen müßte.

Warme Worte fand Chiang Kai-shek für die Haltung Branda und der anderen Delegierten, die sich bemüht hätten, die Gerechtigkeit und den internationalen Frieden hoch zu halten, und äußerte sich auch lobend über die Mitarbeit der Vereinigten Staaten. — Der britische Botschafter in China, Sir Miles Lampson, der Befehlshaber der Besatzungstruppe und der Sekretär Eric Leidmann werden sich nach Beijing begeben.

## Die schweizerischen Wahlen.

Bern, 28. Oktober.

Das endgültige Ergebnis der schweizerischen Wahlen steht nunmehr fest. Danach erhalten: Die Freisinnigen 52 Sitze (58), katholisch-konservative Volkspartei 44 (46), Sozialdemokraten 49 (59), Bauern-, Bürger- und Gewerbetätigen 30 (31), Liberale Demokraten 6 (6), Kommunisten 3 (2), sozialpolitische Gruppe 2 (3), evangelische Volkspartei 1 (1), Genfer Wirtschaftspartei 0 (1), insgesamt 187 Sitze, bisher 198 Sitze.

Gleichzeitig fanden auch in 12 von 25 Kantonen und halbfantomen Ständeratswahlen statt. Das Ergebnis bringt keine Veränderung der parteipolitischen Verhältnisse. Nur in Gené wurde an Stelle des Vertreters der Genfer Wirtschaftspartei ein Sozialdemokrat gewählt. Der Ständerat legte sich nunmehr zusammen aus 19 Freisinnigen, 18 katholisch-konservativen Volksparteilern, 2 Sozialdemokraten, 3 Bauern-, Bürger- und Gewerbetätigen, 1 liberalen Demokraten und 1 Mitglied der sozialpolitischen Gruppe, insgesamt 44 Mandate.

Europa kalt und warm! Ein bekannter Meteorologe in Deutschland teilt mit, daß in Europa lange nicht solche Temperaturgegensätze bestanden wie gerade augenblicklich. Während in Rom noch die wärmere Sonne scheint und Tagestemperaturen bis zu 22 Grad Wärme gemessen werden, herrscht in Schweden geradezu ein sibirischer Winter. Man hat dort schon bis zu 14 Grad unter minus registriert, eine für diese Jahreszeit selbst in Schweden ungewöhnlich kalte Temperatur. Der Witterungsbereich in Deutschland verläuft gegenwärtig der Jahreszeit entsprechend, doch ist charakteristisch, welche großen Temperaturunterschiede selbst im eigenen Lande zu verzeichnen sind. Während Nord- und Westdeutschland tagsüber bis zu 10 Grad Celsius registriert und nur Nachfröste auftreten, fällt in Wärdien bereits Schnee. Die deutschen Hoch- und Mittelgebirge münden bereits empfindliche Schneehürne.

## Betr. Kirchensteuern.

Die kirchensteuerpflichtigen Gemeindeglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Steuerbescheid die 2. Rate der diesjährigen Kirchensteuern am 1. November d. Js. fällig ist. Gleichzeitig werden diejenigen, die noch mit der 1. Rate im Rückstand sind, aufgefordert, nunmehr umgehend Zahlung zu leisten. Auch auf die in diesen Tagen ausgegebenen Kirchgeld-Bescheide wird hingewiesen mit dem Bemerkten, daß das Kirchgeld ebenfalls am 1. November d. Js. fällig ist. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß das Kirchgeld keine freiwillige Leistung, sondern eine ordnungsmäßig beschlossene Kirchensteuer darstellt. Alle Einsprüche und Befehde betreffend Kirchgeld sind schriftlich oder mündlich an den Vorsitzenden des Gemeindefiskus zu richten und zwar innerhalb von 4 Wochen, vom Tage der Zustellung an gerechnet.

Nebra, den 28. Oktober 1931.

## Der Gemeindefiskusrat.

## Verammlung des Bürgervereins

Sonabend, den 31. Oktober, 8 Uhr abends im „Weißen Hof“.

Tagesordnung:

1. Protokollverlesung
2. Bekanntgabe der Antworten auf die Eingaben
3. Beteiligung an der „Winterhilfe“
4. Antrag auf Ermäßigung des Lichtpreises
5. Antrag betr. Wagnburger Fähr
6. Sonstige Anträge und Wünsche.

Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten. Der Vorstand.

**Ratskeller**

Zu unserem am 1. November im „Ratskeller“ stattfindenden

**Herbst-Vergnügen**

bestehend aus

**Konzert und Tanz**

haben ergeben ein

Die Wirtin. 1. Nannburger Bandonionverein.

## Drucksachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut

Buchdruckerei Wiltb. Gauer, Kozleben.

# Zum Weltspartag 1931

spare bei Deiner mündel-  
sicheren Sparkasse, sie bietet Dir  
gute Sicherheit und Verzinsung

## Stadt-Sparkasse Nebra

Voranzeige

◆ Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof“ ◆

Sonntag zwei große Vorstellungen:

Nachm. 3 Uhr: Kinder- und Fremdenvorstellung,  
Abends 8 Uhr: Familienvorstellung.

Der große Ton- und Sprechfilm: **Felix Dressart in:**  
**Der Schrecken der Garnison**

**Schweine-**  
**Versicherungs-Verein**  
**Nebra-Unstr.**

Sonabend, den 31. Oktober,  
abends 8 1/2 Uhr

**Verammlung**  
im „Ratskeller“  
— Gste willkommen —

Köhlers  
**Deutscher Kalender**  
50 - Jubiläumsjahrgang - 50  
Mk. 0.70. — Bordtäg:  
**Gauerische Buchhandlung**  
Kozleben

**J.C. KÖNIG & HARDT**  
BÜCHER- u. DRUCKERIE, HANNOVER

**DIE BLAUE KE-SERIE**  
IM K. VERP. DRUCKERIE-UNTERSTELLT  
GRÜNTES PUCH KÖRPERNS GELB

**WILHELM SAUER**  
ROSSLEBEN

Zu zeitgemäßen Preisen empfehle ich:

Erfen Bohnen	} gutkochend	Pfd. nur 20 Pfg.
la Bauernkäse, Stück 7 Pfg.		5 Stück 33 Pfg.
Margarine } rein im und Tafelöl } Geschmack		Pfund nur 45 Pfg.
<b>Kakao</b>		Pfund nur 80 Pfg.
la Kakao in 1/2 Pfd.-Packg.		Packg. nur 28 Pfg.
Johannis- und Stachelbeermwein		Flasche nur 65 Pfg.
Seifenpulver m. Eisenhügel		1 Pfd.-Buket nur 28 Pfg.

Nuch hierauf meine bei jeder Hausfrau  
beliebten Sparmarken.

## Heinrich Berlet.

Donnerstag und Freitag

**frische Büdlinge**

Ww. Meitz.

**Hauschlachtungen**  
werden angenommen.

Karl Otto • Fleischermeister

# Nebrner Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kanmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 129

Donnerstag, den 29. Oktober 1931.

44. Jahrgang

## Die nächste Notverordnung.

Ublauf der Tarifverträge. — Löhne, Preise, Kartelle, Zinsen. — Die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates. Berlin, 28. Oktober.

Was man ursprünglich ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nannte, war, als es bekannt gegeben wurde, nur eine fiktive Notverordnung. Das große Wirtschaftsprogramm, die Anspaltung der deutschen Wirtschaft, Preis-, Lohn- und Zinsverhältnisse an das Sinken des Limes, das Sinken des Wertes auf dem Weltmarkt, steht noch bevor. Es ist bis zum letzten möglichen Augenblick vertagt worden, denn dieses Wirtschaftsprogramm soll dazu helfen, die Wintermonate zu überbrücken, und der Winter hat in wirtschaftlicher Sinne mit der Veränderung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt eigentlich schon begonnen.

Die Dringlichkeit dieses neuen Wirtschaftsprogramms ergibt sich, wenn man daran denkt, daß schon am 31. Oktober zwei Drittel aller Tarif- und Lohnverträge in Deutschland ablaufen, daß also für den bei weitem größten Teil der 18 Millionen deutschen Arbeitnehmer in wenigen Tagen eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen erfolgt sein muß.

Die Reichsregierung, die mit diesem Wirtschaftsprogramm vor höchst verantwortlichen Aufgaben steht, vor Aufgaben, an deren Lösung alle interessierten Kreise gleichmäßig Anteil haben werden, hat zur Stärkung ihrer Autorität einen Wirtschaftsbeirat einberufen, in dem die verschiedensten Kreise selbst ihre Vertreter entsenden. Dieser Wirtschaftsbeirat tritt erst am 29. Oktober zusammen, was praktisch bedeutet, daß seine Gutachten für die Festsetzung der Winterlöhne eigentlich schon zu spät kommen würden.

Der Wirtschaftsbeirat, der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentritt, wird bei der Ausarbeitung seiner Gutachten schon die neue Situation in England mit in Betracht ziehen können. Außerdem weiß man nach den Washingtoner Verhandlungen ganz bestimmt, daß Amerika und Frankreich an dem Goldstandard ihrer Währungen festhalten werden, und auch daraus wird sich für die Regelung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse eine wichtige Richtlinie ergeben.

Für Deutschland handelt es sich darum, mit dem geltenden Bargeldstandard, der auf Grund der Gold- und Devisenverträge der Reichsbank ausgegeben werden kann, durch die Wintermonate zu kommen.

Erst die Beratungen des Wirtschaftsbeirates sollen eine einheitliche Richtlinie für die Regelung der Lohn- und Preisverhältnisse bringen. Es wird deshalb in zahlreichen Lohnverhandlungen wahrscheinlich eine kurzfristige Verlängerung der geltenden Tarife vorgenommen werden müssen, so daß die endgültige Neuauflage erfolgen kann, wenn die Gutachten des Wirtschaftsbeirates vorliegen. Diese Verlängerung der Lohnverhältnissen um einige Wochen ist um so notwendiger, als die Schlichter bis jetzt keinerlei einheitliche Richtlinien für die Ausübung ihrer Tätigkeit haben.

Für die Beratungen des Wirtschaftsbeirates darf freilich nicht eine mechanische Kohärenzregelung nach unten in Betracht kommen. Das Lohn- und Gehaltsniveau ist in Deutschland seit dem vorigen Jahr im Durchschnitt um mindestens 10 bis 12 Prozent gestiegen worden.

Die Lebenshaltungskosten haben sich selbst nach den vierteljährlichen Berechnungen des Statistischen Reichsamts nur um höchstens 8 Prozent gehoben, wobei besonders der absolut fixe Posten der Mietkosten eine große Rolle spielt. Man wird also, um mit geringeren Bargeldbeständen auskommen zu können, eine Umgruppierung auch bei den Preisen und bei den sonstigen Kosten der Lebenshaltung vornehmen müssen, wenn nicht eine neue Verminderung der Abgabemöglichkeiten auf dem inneren Markt eintreten soll. Der Aufgabenkreis des Wirtschaftsbeirates wird in diesen Tagen der Preis- und Zinspolitik und das besonders wird bedingzinsen einen großen Anteil haben. Dem Wirtschaftsbeirat stehen, wenn bei der Beratung aus den Verwaltungsberatungen, sondern bringen soll.

### Wirtschaftsbeirat.

Am 27. Oktober, als der Wirtschaftsbeirat in Berlin zusammentritt, wird die deutsche Presse sich freudig dem Wirtschaftsbeirat widmen, denn die Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind von besonderer Wichtigkeit für die deutsche Wirtschaft.

Der Wirtschaftsbeirat wird am 29. Oktober in Berlin zusammentreten. Die Beratungen werden am 29. Oktober in Berlin beginnen. Die Beratungen werden am 29. Oktober in Berlin beginnen.

haben bereits vielversprechende Ergebnisse gezeigt und werden noch größere erwarten. Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage verlangt die ernsteste Aufmerksamkeit und die größte Bereitwilligkeit zur Überwindung der all gemeinen Krise, für die die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern und des Vertrauens der Völker in sich selbst.

Der Chef der italienischen Regierung hat wiederholt die Aufmerksamkeit befragt. Er hat mir, daran zu erinnern, daß er mehrmals gesagt hat, daß der Wiederaufbau Deutschlands als eines der wichtigsten Elemente für den Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt angesehen werden muß.

### Der Staatsmann Brüning.

Ich hatte bereits vergangenen Sommer die besondere Freude während der Begegnungen in Paris und London und dann in Rom, mit dem Herrn Reichkanzler zusammenzutreffen. Ebenso wie bei diesen Gelegenheiten konnte ich mich auch gestern von den staatsmännischen Eigenschaften des Herrn Reichkanzlers überzeugen und von der Selbstlosigkeit, mit der er alle seine Kräfte darauf verwendet, die schweren Probleme der Gegenwart zu überwinden.

Alles, was Deutschland in diesen letzten Monaten getan hat, in sich selbst die zur Überwindung der Krise notwendige Kraft zu finden, ist ein Beweis der Lebensfähigkeit und der moralischen Kräfte des deutschen Volkes, das mit ruhiger Optimismus seiner Zukunft entgegengeht darf und kann.

### Die Zukunftsaufgaben.

Das jetzt kommende Jahr steht vor weitgehenden und schwierigen Aufgaben, deren Lösung die ganze Welt gespannt erwartet und die wir alle auf die beste Weise durchzuführen müssen. Vor allem sind das Problem der Rüstungen und die Währungs- und die in der nächsten allgemeinen Weltwirtschaftskonferenz gehen werden können. Die Hauptaufgaben der Anstrengung, die unsere Zivilisation leisten muß, um sich selbst zu retten und unseren Kindern eine gebührende und friedliche Zukunft zu bereiten.

### Sulzbürg für Hindenburg.

Ich bezeuge mich sehr zu Seiner Exzellenz dem Feldmarschall von Hindenburg, dem deutschen Reichspräsidenten, um ihm den Gruß der Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien und meine persönliche Sulzbürgung zu überbringen. Die Hochachtung und Ehrerbietung, die seine hervorragende historische Persönlichkeit der ganzen Welt abfordert, machen mir als Soldaten und Frontkämpfer diese Gelegenheit, in ihm auch das tapferste deutsche Volk begrüßen zu dürfen, dessen Glück zu sein ich in diesen Tagen die Ehre habe, besonders ehrenvoll.

### Beim Reichspräsidenten.

Am 11 Uhr stattete der italienische Außenminister Grandi dem Reichspräsidenten seinen Besuch ab, der etwa eine halbe Stunde dauerte. Grandi war von dem italienischen Botschafter begleitet. Der Unterredung wohnte Staatssekretär Wagnier bei.

Nach Abschluß der politischen Besprechungen des Reichskanzlers mit dem italienischen Minister des Auswärtigen wurde folgende Mitteilung herausgegeben:

„Anlässlich der Annäherung des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichkanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freiwilligen Gedankenaustausch, den der Reichkanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in diesen Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer eingehenden Untersuchung, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird.“

Bei der Ansprache, die mit voller Offenheit und in freundschaftlichster Gesinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die wichtigste Befähigung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolg führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

Der italienische Außenminister Grandi hat mit seinem Befolge am Dienstagabend Berlin wieder verlassen und sich nach Rom zurückgegeben. Der letzte Tag des Berliner Aufenthalts wurde von den italienischen Gästen noch zu Besprechungen verwendet.

Unter der Führung des Generaldirektors der preussischen Museen, Geh. Rats Waepffel, besichtigten die Italiener das alte Museum in Berlin und das Pergamon-Museum. Am Dienstagnachmittag statteten sie verschiedenen Berliner Stellungen und dem Flughafen auf dem Tempelhofer Feld ihren Besuch ab.

Die mitteleuropäischen Völker sind bei den öffentlichen Demonstrationen, die sie in den letzten Tagen in einem guten Eindruck hervorgerufen, sondern auch bereits jetzt in der italienischen Öffentlichkeit eine sehr starke Resonanz gefunden, die man an maßgebender deutscher Stelle als ein Merkmal für die im Zuge befindlichen Verhandlungen mit Italien wertet.

## Was die Amerika-Fahrt brachte.

Communiqué Hoovers und Caovals.

Washington, 27. Oktober.

In dem gemeinsamen Communiqué Hoovers und Caovals lauten die hauptsächlichsten Punkte: Die traditionelle Freundschaft zwischen Amerika und Frankreich macht eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen besonders geeignet in dieser Weltkrise. Wir haben sowohl die wirtschaftliche Weltlage erörtert wie die sie beeinflussenden politischen Beziehungen sowie die bevorstehende Abrüstungskonferenz, den Einfluß der Depression auf die internationalen Regierungsschulden, die Stabilisation der internationalen Währungen und andere finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Wir hatten nicht die Absicht, Bindungen einzugehen, sondern haben durch die Diskussion die Natur jedes Problems klarer gemacht, so daß jede der beiden Regierungen von sich aus besser in ihrem Gebiet helfen kann. Wir hoffen, daß die Abrüstungskonferenz den Frieden auf festerer Grundlage organisieren wird. Bezüglich der internationalen Schulden erkennen wir an, daß vor Ablauf des Hoover-Moratoriums eine Verabredung getroffen werden muß, welche sich auf die Periode der Depression bezieht. Einzelheiten behalten wir uns vollständig vor.

### Die Initiative

sollte jedenfalls bald von den europäischen Mächten ergriffen werden, die mit den Abkommen, welche vor dem 1. Juli 1931 geschlossen wurden, hauptsächlich zu tun haben.

Wir halten die Währungsstabilität für sehr wichtig und insbesondere die Erhaltung des Goldstandards in Amerika und Frankreich.

Diese Frage werden wir weiter studieren. Unsere Ansichten bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme stimmen überein, und diese Übereinstimmung dürfte der Weg ebnen für eine Hilfsaktion seitens unserer beiden Regierungen.

Es ist von dem Ergebnis befrichtigt.

Neuporf, 28. Oktober.

Der französische Ministerpräsident Caual ist kurz nach Mitternacht (nach 6 Uhr früh M.C.Z.) mit der „Asie de France“ aus Neuporf nach Frankreich abgereist. Auf einem Abflug-Banquet, das die französische Handelsmission in Neuporf zu seinen Ehren veranstaltete, erklärte der Ministerpräsident zu seinen Unterhaltungen mit Hoover: „Darauf kann wir hoffen, wo wir stehen, was wir wollen, was wir erwarten können und was von uns erwartet werden kann.“

Das Ergebnis der Unterhaltungen wurde zweifelslos eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich sein, um „unserer Kultur gegen die Gefahren, denen sie ausgesetzt ist, zu schützen“. Caual vermindert es, auf Einzelheiten der Washingtoner Besprechungen einzugehen. Er unterließ lediglich, daß die Bemühungen nicht umsonst gewesen seien.

### Berlin hat noch keinen Bericht

Das auch für die deutschen Interessen negative Ergebnis der Amerika-Reise des französischen Ministerpräsidenten Caual beschäftigt naturgemäß weiterhin ausführlich die deutsche Öffentlichkeit. Es ist daher angebracht, noch einmal hervorzuheben, daß Amerika sich nicht desinteressiert an den europäischen Dingen erklärt habe.

Man kann im Gegenteil als wichtigsten Punkt der Gespräche zwischen Hoover und Caual hervorheben, daß ein Weg gesucht werden müsse, der eine Hilfe für Deutschland ermöglicht.

Es hat sich in den Washingtoner Verhandlungen klar ergeben, daß auch die Gläubiger überzeugt sind, daß Deutschland den Young-Plan in seinem jetzigen Umfang nicht erfüllen kann. Gläubiger und Schuldner — und in der letzten Rolle befindet sich gegenüber Amerika ja auch Frankreich — sind gleichermaßen davon überzeugt, daß nach Ablauf des Hoover-Moratoriums, am 1. Juli 1932, ein Weg gefunden werden müsse, der zur Wirtschaftsbefreiung und finanziellen Entlastung der Staaten führt.

Deutschland befindet sich dabei augenblicklich in einer Situation, die ihm das Abwarten ermöglicht, wie man das umfangreiche Communiqué der Caual-Hoover-Konferenz in die Praxis umzusetzen gedachte. Die Reichsregierung erwartet zurecht einen Bericht des deutschen Botschafters in Washington. Der Botschafter hatte Gelegenheit, mit dem amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, über den Besuch Caovals zu sprechen.

## Vor einer Reparationskonferenz.

Die deutsche Initiative.

Berlin, 28. Oktober.

In Amerika schließt man aus Untersuchungen Caovals, daß er beabsichtigt, alsbald nach seiner Heimkehr die französische Regierung zur Einberufung einer Reparationskonferenz zu veranlassen, an der alle am Reparationsproblem interessierten Staaten beteiligt sein sollen und die im November, spätestens im Dezember zusammentreten soll. Aufgabe dieser Konferenz soll sein, die Frage zu prüfen, ob

